



Arbeit - Gut zum Leben

Beschluss des Diözesantages der KAB im Bistum Münster in Dinklage im September 2010



Ausgangspunkt und Vorgehen

Seit Mai 2006 beschäftigt sich die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) im Bistum Münster intensiv mit dem Schwerpunkt „Arbeit - Gut zum Leben“. Als Arbeitnehmer-Bewegung in christlicher Tradition bekennen wir: *„Wir sind Fachleute der Arbeit. Wir wissen um den Wert unserer Arbeit. Wir bekennen, Arbeit ist Teilhabe am Schöpfungshandeln Gottes und deshalb Menschenrecht. Wir kämpfen für Arbeit – Gut zum Leben“* (Botschaft von Alpen, Mai 2006)

Arbeit als Gut zum Leben schafft in erster Linie Grundlage für den Erhalt des Lebens. Aber sie ist mehr als „Broterwerb“ und Job. Deshalb engagiert sich die KAB für eine Tätigkeitsgesellschaft, die die Triade der Arbeit aus Erwerbsarbeit, Eigenarbeit und Gemeinwesen bezogener Arbeit gleichermaßen im Blick hat. Im privaten Lebensumfeld, in Familie und Ehrenamt sind Menschen tätig und schaffen Werte für sich und andere. Erst unter dieser Perspektive sind die vielfältigen Funktionen der Arbeit erkennbar. Arbeit ermöglicht es Menschen die Welt zu gestalten, ihre Existenz zu sichern, sich als kompetent und wirksam zu erleben, soziale Beziehungen zu knüpfen. „Arbeit gehört zum Menschen wie das Fliegen zum Vogel“, sie ist der Dreh- und Angelpunkt menschlichen Lebens und aller sozialen Fragen.

Wir leben in einer Arbeitsgesellschaft, die vorrangig durch prekärer werdende Erwerbsarbeit strukturiert wird und in der die Bedingungen der Erwerbsarbeit die andere Arbeit beherrschen. Auch über den Zugang zu Bildung und sozialer Sicherheit, die Möglichkeiten zur freien Gestaltung von Beziehungen und Träumen, zu Muße und Spiel, entscheiden ganz erheblich der Zugang zu und die Qualität der Arbeitsbedingungen, die Menschen erfahren.

Engagement für die Verbesserung der Bedingungen, unter denen Menschen ihre Erwerbsarbeit tun können und müssen, gehören zentral zum Selbstverständnis der KAB. 2006-2010 hat die KAB im Bistum Münster darüber hinaus ihren Schwerpunkt dieser Aufgabe gewidmet. Im Rahmen von „Arbeit - Gut zum Leben“ hat der Sozialverband die rasanten Veränderungen der Erwerbsarbeit und deren Auswirkungen analysiert und bewertet und richtet sein verbandliches Handeln darauf aus. Die KAB tut dies in Zusammenarbeit mit erwerbstätigen und erwerbslosen Menschen, mit der Wissenschaft, bei Betriebsbesuchen und in Kooperationen mit Gewerkschaften.

Ergebnis ist die hier vorgelegte Analyse, die anhand sozialetischer Kriterien beurteilt, in politische Forderungen mündet und für die die KAB sich auch zukünftig mit aller Kraft und auf allen Ebenen einsetzen wird. Begleitend werden von der KAB Menschen mit einem Gütesiegel für gute Arbeit ausgezeichnet, die konkret zeigen, wie praktischer Einsatz für gute Arbeitsbedingungen gelingen kann.

Die Wirklichkeit im Blick (sehen)

Der vorherrschende Befund ist das massive Anwachsen prekärer Beschäftigung auf Kosten der klassischen Normalarbeit. Niedrige Löhne, unzureichende Sozialstandards und geringe bis keine Weiterbildungsmöglichkeiten kennzeichnen immer mehr Beschäftigungsverhältnisse – meist in Form von Minijobs, befristeten Verträgen oder Leiharbeit¹.

Unser Bekenntnis:

Arbeit ist Teilhabe am Schöpfungshandeln Gottes

Arbeit gehört zum Menschen

Prekärer werdende Erwerbsarbeit bestimmt das Leben

Gestaltung der Erwerbsarbeit im Zentrum

Politische Forderungen Gütesiegel „Gute Arbeit“

Prekäre Beschäftigung als Massenphänomen

¹ Das bestätigen die Ergebnisse des Mikrozensus: 1998 standen noch fast drei Viertel (72,6%) der Erwerbstätigen in einem Normalarbeitsverhältnis, 2008 waren es nur noch 66,0%. Der Anteil atypischer Beschäftigungsformen stieg im gleichen Zeitraum von 16,2% auf 22,2%. Damit sind mehr als 7,7 Millionen der 34,7 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland davon betroffen.

Politische Weichenstellungen als Ursache

Dies wurde durch politische Entscheidungen, wie z. B. die Lockerung des Kündigungsschutzes und die Hartz-Gesetze, mit der Vereinfachung von Leiharbeit und geringfügiger Beschäftigung, ermöglicht. Begründet wird eine solche Politik mit Hinweis auf Wettbewerbsdruck und Globalisierung. Wachstum ist die vorherrschende politische Antwort, die auch auf die Wirtschaftskrise formuliert wird. Der Prozess der Prekarisierung der Arbeit ist also politisch gewollt und unterstützt. Damit war die Hoffnung verbunden, durch Freisetzung von Marktkräften ein Mittel gegen die Massenarbeitslosigkeit gefunden zu haben. Eine Hoffnung, die sich so nicht erfüllt hat.

Konsequenzen

Was dies für Arbeitnehmende, ihre Familien und für die gesamte Gesellschaft bedeutet, machen viele soziale Missstände deutlich.

Lohndumping

- Immer mehr Arbeitnehmende arbeiten im Niedriglohnsektor². Dies trifft vor allem Menschen im Dienstleistungsbereich und im Handel, Frauen und Berufsanfänger. Vollzeitbeschäftigte im Niedriglohn können von ihrer Arbeit nicht leben.

Leiharbeit

- Leiharbeit zu deutlich schlechteren Bedingungen als in der Festanstellung ist zum Massenerscheinung geworden. Arbeitgeber nutzen die Möglichkeiten der Leiharbeit systematisch um Kündigungsschutz, Betriebliche Mitbestimmung und Tarifbindungen auszuhebeln und Löhne zu drücken. Der erhoffte „Klebeffekt“ trifft nur bei ganz wenigen Leiharbeitnehmenden zu. Sie sind der Wirtschaftskrise als erste schutzlos ausgeliefert.

Mitbestimmung

- Mitbestimmung wird in der Öffentlichkeit nicht als Chance, sondern als Problem betrieblicher Entwicklung bewertet. So wurde das Wort „betriebsratsverseucht“ zum Unwort des Jahres 2009.

Arbeitszeitverlängerung

- Arbeitszeiten werden verlängert ohne Lohnausgleich. Um 0,8 Stunden ist die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten in Deutschland allein zwischen 2003 und 2006 gestiegen, so eine Eurostat-Statistik. Sie liegt damit bei 41,1 Stunden.

Ausbildung

- Aus Kostenkalkül entziehen sich vor allem Großunternehmen und die öffentliche Hand dem Ausbildungsauftrag. Junge Menschen finden keine Ausbildung und keinen Zugang zu Zukunft und Lebensperspektive.

Einkommenssicherung

- Der Vorrang der Erwerbstätigkeit für die Lebensunterhaltssicherung ist ungebrochen. Wer sich für gesellschaftlich nützliche aber unbezahlte Arbeit engagiert, wer Brüche in der Erwerbsbiographie vorweist, muss mit akuter und dauerhafter Armut rechnen. Diese Haltung trägt zur Stagnation im Ehrenamt und zur Zerstörung sozialer und familialer Netze bei.

Strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber der Familie

- Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit wird ausschließlich als Bringschuld der Familien und der Gesellschaft behandelt. Unternehmen bestehen auf maximaler Flexibilität der Mitarbeitenden ohne Rücksicht auf familiäre Bindungen. Alleinerziehende Frauen und Männer gelten auf dem Arbeitsmarkt als praktisch nicht vermittelbar.

„Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft“

- Gemeinsame freie Zeit wird immer knapper. Die „Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft“ wird besonders von Einzelhandelsverbänden rücksichtslos angestrebt. Die täglichen Ladenöffnungszeiten und die Sonntagseinkaufsmöglichkeiten werden maximal ausgedehnt.

Gesundheit

- Der Krankenstand in der erwerbstätigen Bevölkerung sinkt einerseits weiter, andererseits steigt die Anzahl derjenigen, die aufgrund psychi-

² Dies betraf 2008 fast 25% der Arbeitnehmer. Die Tendenz ist steigend. 2 Millionen von ihnen arbeiten für weniger als 5 Euro die Stunde. Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 18.04.2008. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit waren Mitte 2008 rund 1,4 Millionen Menschen auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen. Darunter fallen 630.000 Aufstocker/innen mit Vollzeit- oder Teilzeitjob sowie etwa 720.000 Hartz IV-Empfänger/innen, die mit Minijobs ihr Einkommen aufbessern. Quelle: verdi-bub.de/standpunkte/archiv/aufstocker/

scher Belastungen dauerhaft aus dem Erwerbsleben ausscheidet. Burnout und Überlastung werden zum Massenphänomen.

- Menschen mit Brüchen in der Erwerbsbiographie und/oder geringen Löhnen müssen mit massiver Altersarmut rechnen. Gerade die, die sich keine private Altersvorsorge leisten können, werden von der gesetzlichen Absicherung im Alter nicht leben können. Damit wird das Prinzip der Eigenverantwortung ad absurdum geführt.
- Quantitatives Wirtschaftswachstum bleibt das politisch bevorzugte Mittel zum Erhalt des Arbeitsmarktes und wird im Zweifel auch auf Kosten von Umwelt und Klima durchgesetzt. Nachhaltigkeit bleibt ein Schlagwort ohne ernste Konsequenzen.

Vom Wert guter Arbeit und guter Lebensbedingungen (urteilen)

Der Mensch als Person muss Träger, Schöpfer und Ziel aller gesellschaftlichen Einrichtungen sein³, so sagt es die katholische Sozialverkündigung. Jeder Arbeit kommt Wert zu, weil ein mit Würde ausgestatteter Mensch sie verrichtet. Dieser Wert der Arbeit verlangt danach, dass jede Arbeit unter menschenwürdigen Bedingungen verrichtet werden kann. Gute Arbeit ist ein Menschenrecht. Daraus leiten sich für die KAB grundlegende Kriterien für die Beurteilung von Arbeit ab:

Alle Menschen haben ein sozialstaatlich begründetes Recht auf Teilhabe an Gesellschaftsgestaltung und Einkommen. Wer Vollzeit arbeitet, muss davon leben können. Jeder Mensch hat ein Anrecht auf eine soziale Absicherung, die auch eine längerfristige Lebensplanung und Familiengründung und ein gesichertes Leben im Alter ermöglicht.

Der Produktivitätsfortschritt soll durch sozial gerechte Verteilung dem Zusammenhalt der Gesellschaft dienen und darf nicht zur Gewinnmaximierung in den Händen weniger genutzt werden.

Jeder Mensch hat ein Anrecht auf Muße und selbst gewählte Tätigkeit in der Freizeit. Freie Zeiten müssen für alle verbindlich festgelegt sein, damit soziale Begegnung möglich bleibt. Ausnahmen darf es nur dort geben, wo es für die Menschen und ihr Zusammenleben unabdingbar notwendig ist.

Arbeit als Teilhabe am Schöpfungshandeln Gottes muss so gestaltet werden, dass sie sinnvoll und nachhaltig für die Menschheit ist und die Folgen für zukünftige Generationen berücksichtigt. Schnelle Gewinne sind kein Gütekriterium.

Die KAB engagiert sich für eine Tätigkeitsgesellschaft, in der alle Formen menschlicher Arbeit gleichwertig und gleich wichtig sind. Private Pflege- und Sorgearbeit und ehrenamtliches Engagement für das Gemeinwesen sind wertvoll. Sie brauchen gesellschaftliche Anerkennung und Absicherung.

Damit das Gut Arbeit für alle gut sein kann, bedarf es der politischen und wirtschaftlichen Rahmensetzung auf allen Ebenen.

Verpflichtet zum Engagement für gute Arbeit (handeln)

Aus ihrer Tradition und ihrem Selbstverständnis als Teil der Arbeiterbewegung und als Kirche fühlt sich die KAB im Bistum Münster besonders verpflichtet, dauerhaft für Arbeit – Gut zum Leben einzutreten. Sie tut dies auf vielfältige Weise:

Alterssicherung

Produktion auf Kosten von Umwelt und Klima

Der Wert der Arbeit

Recht auf Existenzsicherung und Teilhabe

Verteilungsgerechtigkeit

Begrenzung der Arbeit

Nachhaltigkeit

Tätigkeitsgesellschaft

Politische Rahmensetzung notwendig

Engagement für das Gut Arbeit als bleibender Auftrag für die KAB

³ Johannes XXIII, Mater et Magistra, 219

Kraft des Gebetes

Die KAB nimmt das Gut Arbeit persönlich und öffentlich ins Gebet auf und vertraut sich und ihr Engagement dem Beistand Gottes an.

Gute Beispiele sichtbar machen

Die KAB zeichnet Beispiele des Engagements für Gute Arbeit mit einem Gütesiegel aus und macht sie damit öffentlich in ihrer Vorbildfunktion bekannt.

Prophetische Klage

Die KAB begleitet die Entwicklung der Arbeitswelt weiter kritisch und weist in prophetischer Anklage auf Fehler und menschenfeindliche Entwicklungen hin.

Politisches Engagement

Die KAB mischt sich mit Forderungen und Modellen in die politische Debatte ein. Dabei verlangt sie insbesondere

Mindestlohn

- einen gesetzlich geregelten Mindestlohn, der es erlaubt, dass jeder in Vollzeit beschäftigte Mensch mindestens 60% vom Medianeinkommen⁴ verdient und damit sein Leben oberhalb der Armutsgrenze selbst finanzieren kann;

Lohnzuschlag für Leiharbeiter

- eine gesetzliche Regelung der Leiharbeit mit einem Lohnzuschlag im Vergleich zu fest angestellten Mitarbeitenden. Damit werden die besonderen Belastungen des häufigen Wechsels des Arbeitsortes anerkannt;

Ausbau der Mitbestimmung

- einen Ausbau der Mitbestimmung hin zu einer Unternehmensverfassung⁵, die verhindert, dass Arbeitnehmende ohnmächtig einer nur an kurzfristigen Gewinnen ausgerichteten Unternehmenspolitik ausgeliefert sind;

Arbeitszeitverkürzung

- eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung, die den Produktivitätsfortschritt in Zeitwohlstand übersetzt und mehr Menschen an der verfügbaren Erwerbsarbeit teilhaben lässt;

Ausbildungsabgabe

- eine Ausbildungsabgabe von Betrieben und Einrichtungen, die nicht selber ausbilden, um damit überbetriebliche Ausbildungsplätze zu finanzieren;

Garantiertes Grundeinkommen

- ein garantiertes Grundeinkommen, das es ermöglicht sich persönlich für mehr Ehrenamt, Privatarbeit oder Muße und gegen lebenslange Vollzeiterwerbstätigkeit zu entscheiden;

familiengerechte Flexibilisierung

- einen familiengerechten Umbau der Erwerbsarbeitswelt, in der die Anforderung z. B. durch Pflegeaufgaben und Kindererziehung wichtiger sind als die Erfordernisse des Produktionsprozesses;

Erhalt des Sonntags

- den Ausbau des Sonntagsschutzes um gemeinsame Freizeiten der Gesellschaft zu sichern, die Raum für Muße, soziales Leben und Gottesbegegnung offen halten;

Abbau psychischer Belastungen

- eine durchgreifende Kontrolle für die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen, die die Unternehmen verpflichten, den Schutz vor psychischer Überbelastung als Teil des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz zu organisieren;

Solidarische Alterssicherung

- eine solidarische Alterssicherung nach dem Modell der katholischen Verbände, das vielfältige Lebensschicksale angemessen absichert;

Nachhaltigkeit und qualitatives Wachstum

- einen ökologischen Umbau der Industriegesellschaft, der Rücksicht auf die begrenzte Tragfähigkeit unseres Planeten nimmt und der Nachhaltigkeit zum Kriterium bei Gestaltung eines qualitativen Wachstums macht.

⁴ Erläuterung zum Begriff Medianeinkommen: „Es ist das Einkommen desjenigen, der genau in der Mitte stünde, wenn sich alle Personen nach ihrem Einkommen sortiert in einer Reihe aufstellen würden. Anders formuliert: Die ärmere Hälfte hat höchstens, die reichere mindestens das Medianeinkommen. Weil es die Verteilung besser abbildet, wählen wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Forschungsinstitute für entwickelte Länder in der Regel das Medianeinkommen als Bezugspunkt zur Definition von Armut - und nicht den Einkommensdurchschnitt.“
Quelle: www.boeckler.de/32014_84592.html

⁵ Siehe dazu das Unternehmensverfassungsmodell der KAB. Quelle: www.kab.de/mm/Unternehmensumwandlungen.doc

Für diese Forderungen setzt sich die KAB weiterhin sachgerecht, nachhaltig und in Bündnissen ein, weil für die KAB Arbeit ein wertvolles Gut ist und bleibt.

Dinklage im September 2010